

**abo+** FORDERUNG

## **Als wären es gefährdete Tierarten: Adrian Schoop kämpft für den Erhalt von Parkplätzen**

Der FDP-Grossrat und frühere Gemeindeammann von Turgi verlangt einen Bestandesschutz für das Parkplatzangebot in Städten und Gemeinden. Die Regierung soll dafür sorgen, dass lokale Behörden die Zahl der Parkplätze nicht unter den Stand von Ende 2024 reduzieren.

**Fabian Hägler**

07.11.2024, 11.06 Uhr

**abo+** **Exklusiv für Abonnenten**

Normalerweise warnen der WWF oder Bird Life vor Artenschwund und verlangen den Schutz des Bestandes – diesmal kommt die Forderung von einem Freisinnigen. Grossrat Adrian Schoop setzt sich aber nicht für bedrohte Tierarten ein, sondern für Parkplätze. In einer Motion, die er am Dienstag eingereicht hat, fordert er Bestandesschutz für das Angebot in Städten und Gemeinden auf dem Niveau von Ende 2024.



Die Parkplätze vor dem Restaurant Gotthard an der Ecke  
Dynamostrasse/Stadtturmstrasse wurden von der Stadt Baden aufgehoben.  
Bild: Alex Spichale

Auslöser für den Vorstoss ist die Kontroverse um die geplante Reduktion von Parkplätzen in Baden. Dort habe der Stadtrat einen radikalen Abbau angekündigt, schreibt Schoop. Demnach sollte jeder dritte Parkplatz innerhalb eines Jahres verschwinden. Tatsächlich hiess es im Budget, insgesamt 500 Parkplätze sollten aufgehoben werden: 900 Felder sollten es im Jahr 2025 sein, gegenüber noch 1400 im Jahr 2023.

#### Der Gewerbeverband Citycom schlug umgehend Alarm:

«Für unsere Läden, Restaurants und Gewerbler ist das eine Katastrophe». Später zeigte sich, dass die Zahl falsch war: Die Behörden wissen gar nicht, wie viele Parkplätze es gibt, es muss nachgezählt werden. Der zuständige Stadtrat Benjamin Steiner (Team Baden) sagte: «Die Nettozahl soll nicht sinken. Wir wollen keinen

Kahlschlag. Der Stadtrat will nicht grundsätzlich Parkplätze abbauen.»

### **Schoop sieht «feindliche Haltung» gegen Autos**

Schoop schreibt dazu in seinem Vorstoss, der Stadtrat sei teilweise zurückgerudert, er kritisiert aber: «Das Vorgehen in Baden offenbart die teilweise feindliche Haltung gegenüber dem motorisierten Individualverkehr in den Städten.» Dagegen will der frühere Gemeindeammann von Turgi, das inzwischen mit Baden fusioniert hat, auf kantonaler Ebene vorgehen.

Der Freisinnige will den Regierungsrat beauftragen, «die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass die Anzahl an öffentlichen Parkplätzen in den Städten und Gemeinden auf dem Stand von Ende 2024 aufrechterhalten werden muss». Und er schiebt nach, dieser Wert sei als Mindestanzahl zu verstehen. Schoop sieht Tendenzen, dass gewisse Städte und Gemeinden Autos aus rein ideologischen Gründen verbannen wollten.

Der Aargau sei durch ein Zusammenspiel von städtischen und ländlichen Regionen geprägt, hält er fest. «Berufspendler sowie Gewerbetreibende, die in der Stadt arbeiten, leben ausserhalb und sind auf eine zuverlässige Erreichbarkeit mit dem motorisierten Individualverkehr



Adrian Schopp.

Bild: Sandra Ardizzone

angewiesen.» Dasselbe gelte für Familien und für ältere Personen, für die eine Nutzung des öffentlichen Verkehrs nicht immer möglich oder zumutbar sei.

Das Parkplatzangebot betreffe somit nicht nur eine einzelne Gemeinde, sondern habe Auswirkungen auf die Mobilität und Lebensqualität im gesamten Kanton. Der Aargau und auch die Schweiz seien bislang gut gefahren, die verschiedenen Verkehrsträger nicht gegeneinander auszuspielen, sondern ein Miteinander zu ermöglichen. Die massive Reduktion von Parkplätzen gefährde dies, findet Schoop.

### **Parkplätze können vorgeschrieben oder verboten werden**

Zudem weist er darauf hin, dass bereits jetzt eine Pflicht für den Erhalt oder Bau von Parkplätzen für Private bestehe. Tatsächlich steht im Baugesetz: «Bei Erstellung von Bauten und Anlagen sind genügend Parkfelder für die Fahrzeuge der Benutzer und Besucher sowie die erforderlichen Verkehrsflächen für den Zubringerdienst zu schaffen.» Auch die Eigentümer bestehender Gebäude können dazu verpflichtet werden.

Allerdings sieht das Gesetz auch Ausnahmen vor, die im Nutzungsplan festgeschrieben werden können. Demnach kann die Pflicht zum Bau von Parkplätzen für bestimmte Gebiete aufgehoben werden. Unter gewissen Voraussetzungen kann die Erstellung von Parkfeldern

auch ganz oder teilweise untersagt werden – das sind die Bedingungen:

- Wenn das Strassennetz den zusätzlichen Verkehr, der aufgrund der neuen Parkplätze entsteht, nicht aufnehmen vermag.
- Zum Schutz vor den Auswirkungen des Verkehrs, insbesondere in Zentren grosser Gemeinden oder in stark belasteten Gebieten.
- Um in Quartieren mit guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr die Voraussetzungen für autoarmes oder autofreies Wohnen zu schaffen.

Dennoch findet es Schoop besonders stossend, «dass die öffentliche Hand bestehende Parkplätze ohne weiteres abbauen darf». Er merkt an, dass selbst der Erhalt der bestehenden Parkplatzzahl einem faktischen Rückbau gleichkommt. Das stetige Bevölkerungswachstum im Kanton führe zur Verknappung bestehender Ressourcen. Das Einfrieren der Parkplatzzahl auf dem Stand von Ende 2024 führe nicht dazu, dass der motorisierte Individualverkehr attraktiver werde.

### **Bürgerliche versuchen Verkehrspolitik zu übersteuern**

Der Parkplatz-Vorstoss passt zu ähnlichen Forderungen in der Aargauer Verkehrspolitik. Ihnen ist gemeinsam, dass rechtsbürgerliche Kräfte versuchen, die lokale Verkehrspolitik auf einer Ebene zu übersteuern, wo sie die Mehrheit haben. Konkret geht es darum, Entscheide aus links-grünen Städten im bürgerlich dominierten Grossen Rat umzustossen oder zu blockieren.

So versuchte [die SVP, Tempo 30 auf Kantonsstrassen innerorts im ganzen Aargau zu verhindern](#). Doch die Regierung bremste die Volkspartei aus und hielt fest: Ein grundsätzliches Verbot, festgeschrieben im kantonalen Gesetz, wäre rechtswidrig. Auslöser für den SVP-Vorstoss war der Versuchsbetrieb mit Tempo 30 auf der Aarauer Bahnhofstrasse.

Ein anderes Beispiel ist der Vorstoss von FDP- und SVP-Politikern, der [eine kantonale Bewilligung für Blitzer](#) forderte. Weil mehrere Mitte-Vertreter bei der Debatte im Grossen Rat ihre Meinung änderten, fand die Forderung keine Mehrheit. Darauf reagierten die Aargauer [Jungfreisinnigen mit einer Initiative gegen die sogenannte Blitzerabzocke](#), die Mitte September eingereicht wurde.

## Mehr zum Thema

abo+ BADEN

**Parkplatzstreit in Baden: «Wir wollen keinen Kahlschlag», versichert Stadtrat Benjamin Steiner**

26.10.2024



abo+ BADEN

**«Wir wollen ein neues Parkhaus bauen»: Ländli AG kritisiert Badener Politik**

31.10.2024



---

**Für Sie empfohlen**